

Stand: 24.04.2012

Überlegungen für einen Zeitplan der Fusionsverhandlungen der Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode am Harz unter Beteiligung der Stadt Göttingen

1. Vorgaben für Verhandlungen

- a) Verbindliche Kreistagsbeschlüsse bis März 2013
- b) Verbindlichkeit des Zeitplanes bis dahin für alle Verhandlungspartner
- c) Vorrang gegenüber möglichen Verhandlungen mit Dritten

2. Abgrenzung: Bis zum März 2013 muss feststehen, ob es eine Fusion geben soll. Danach ist zu regeln, wie die Fusion umgesetzt werden kann.

Gem. § 14a Abs. 2 Satz 1 des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich ist die Zins- und Tilgungshilfe von den kommunalen Körperschaften bis zum 31.03.2013 zu beantragen. In den Fällen des Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 Buchstabe A müssen die dort genannten Organbeschlüsse bis zu diesem Zeitpunkt dem für Inneres zuständigen Ministerium angezeigt worden sein (§ 14a Abs. 2 Satz 2 NFAG).

Nach § 14a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4a NFAG können u. a. Landkreise vom Land zur nachhaltigen Sicherung ihrer Leistungsfähigkeit Tilgungshilfen in Höhe von bis zu 75 v. H. ihrer bis zum 31.12.2009 aufgenommenen Liquiditätskredite zu deren Rückzahlung sowie auf diesen Teil der Liquiditätskredite bezogene Zinshilfen erhalten, wenn sie durch Beschluss ihrer zuständigen Organe **den Wunsch nach einer Gebietsänderung durch Gesetz geäußert haben, die geeignet ist, zu einer wesentlichen Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit beizutragen.**

Die Kreistage müssen bis zum 31.03.2013 nur den Wunsch nach einer gesetzlichen Gebietsänderung beschließen. Die übereinstimmenden Beschlüsse müssen die Begründung enthalten, dass die Fusion geeignet ist, zu einer wesentlichen Verbesserung der Leistungsfähigkeit beizutragen. Außerdem sollten der Kreistage die Verwaltungen in diesem Zusammenhang beauftragen, unverzüglich einen gemeinsamen Antrag auf die Zins- und Tilgungshilfe zu stellen.

Möglich, aber nicht notwendig ist, dass die Kreistage bereits über einen Gebietsänderungsvertrag (der unter dem Vorbehalt eines Landesgesetzes steht) beschließen (vgl. die Fusion zwischen der Stadt Einbeck und der Gemeinde Kreiensen). Nach Beantragung der Zins- und Tilgungshilfe müsste der Vertrag mit dem Land über die Entschuldungshilfe verhandelt und von den Kreistagen beschlossen werden. Diese Beschlüsse müssen **nicht** bis zum 31.03.2013 erfolgen.

Aus politischen Gründen sollten aber die Punkte, die nach dem Willen der Kreistage die notwendigen Bedingungen für eine Fusion darstellen („Knackpunkt“ i.S. einer „*conditio sine qua non*“) im Grundsatz geklärt und durch Kreistagsbeschlüsse verbindlich bestimmt sein.

3. Struktur des Verhandlungsprozesses (siehe Anlage „Projektorganisation“)

a) Steuerungsgruppe (Politik und Verwaltung)

Zusammensetzung: je Gebietskörperschaft HVB (4x) + je eine Vertreterin / ein Vertreter der in den Kreistagen (im Rat der Stadt Göttingen) vorhandenen Fraktionen sowie jeweils 1 PR-Vertreter je Gebietskörperschaft, ggf. plus MdL

Gebietskörperschaft	Anzahl Fraktionen
Landkreis Göttingen	5
Landkreis Northeim	5
Landkreis Osterode am Harz	4
Stadt Göttingen	5
Gesamt	19

b) Koordinationsausschuss (HVB (4x) und Projektmanager (4x))

c) Arbeitsgruppen (themenorientierte Gruppen) - nur Verwaltungen:

- Personal, Gebäude und IuK
- Finanzen und Beteiligungen, Wirtschaftsförderung
- Sozialämter/Jobcenter (SGB II)
- Jugendämter
- Schule, Kultur, Sport, Erwachsenenbildung
- Ordnung und Verkehr
- Entsorgung
- Bauen, Planen und Kreisstraßen, Umweltämter
- Gesundheit, Veterinär, Verbraucherschutz

4. Erste Sitzung der Steuerungsgruppe: Anfang Juni 2012

- Vereinbarung eines verbindlichen Zeitplanes
- Vereinbarung verbindlicher Meilensteine bis 31.3.2013 (siehe 5. Punkt)
- Vereinbarung der Projektorganisation und -struktur (Arbeitsgruppen)
- Vereinbarung der Arbeitsweise (Selbständigkeit der Arbeitsgruppen, Berichtspflichten, Zwischenentscheidungen der Steuerungsgruppe usw.)
- Verbindliche Vereinbarung zur Abgrenzung Beschluss bis 31.3.2013 („Ob“) und Verhandlungen zur Ausgestaltung der Fusion („Wie“)
- Definition von „Knackpunkten“ anhand der durch die Kreistage beschlossenen Eckpunkte (Sollbruchstellen)
- Erteilung von Arbeitsaufträgen für die Arbeitsgruppen

5. Meilensteine

- | | |
|---|----------------------|
| a) Übereinkunft in der Projektorganisation/-management | |
| Unterzeichnete Vereinbarung durch die Steuerungsgruppe | bis Anfang Juni 2012 |
| b) Vorlage von ersten Ergebnissen der Arbeitsgruppen | |
| „Knackpunkte“ und Konsens | bis August 2012 |
| c) Klärung der „Knackpunkte“ auf der Steuerungsebene | |
| Sitzung der Steuerungsgruppe | bis September 2012 |
| d) Vorlage von Konsenspapieren der Arbeitsgruppen | bis November 2012 |
| e) Verabschiedung Konsenspapier der Steuerungsgruppe | |
| Konsens/Einigung bei Sollbruchstellen | bis November 2012 |
| f) Empfehlungen der Kreisgremien | bis Februar 2013 |
| g) Beschlussfassung Kreistage | bis März 2013 |
| h) Kontinuierliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger | laufend |

Projektorganisation Kreisfusion Gö/NOM/OHA

Kreisübergreifende Ebene

Ebene Landkreise

Ebene Politik

Steuerungs-Gruppe (StG)
HVB (= 4) + 1 Mitglied je Fraktion (= 19) + 1 Personalratsmitglied je Kommune (= 4) und ggf. die MdL MI

Kreistag

Landrat ↔ **Kreisausschuss**

Fachausschuss (nur Unterausschuss)

UnterAusschuss/Arbeitsgruppe (UA/AG)
Abgeordnete und Verwaltung

Koordinations-Ausschuss (KoA)
HVB (= 4) + Projektmanager Verwaltungen (= 4)

Dezernenten- bzw. Verwaltungsleitungskonferenz (DK/VLK)

Ebene Verwaltung

Facharbeits-Gruppen (FaG) -9 Arbeitsgruppen-			
Personal, Gebäude und IuK	Finanzen, Beteiligungen, Wirtschaftsförderung	Jobcenter (SGB II) und Sozialämter	Jugendämter
Gesundheit, Veterinär, Verbraucherschutz	Schule, Kultur, Sport, Erwachsenenbildung	Ordnung und Verkehr	Entsorgung
Bauen, Planen, Kreisstraßen, Umweltämter			

Ämter, Stabsstellen, Fachbereiche, ...



Eckpunkte für Verhandlungen

	LK OHA KT-Vorlage N°364, Ziff b) vom 28.09.11	Vorläufige Stellungnahme Landkreis Goslar	Vorläufige Stellungnahme der Landkreise Göttingen und Northeim
Sicherung von Arbeitsplätzen	„Wir sind der kleinere Partner und werden unabhängig vom Fusionsumfang immer eine Randlage einnehmen; der Konzentration von Arbeitsplätzen ausschließlich am neuen Kreissitz muss dauerhaft entgegengewirkt werden.“	Auf Grund der Größenverhältnisse der beiden Fusionspartner muss der Kreissitz in Goslar bleiben. Schon die Struktur des Landkreises erfordert einen zweiten Verwaltungssitz in Osterode am Harz. Ggf. könnten einzelne Verwaltungseinheiten in Clausthal Zellerfeld zusammengeführt werden.	Göttingen als Oberzentrum sollte Kreissitz sein. Die bisherigen Kreisstädte bleiben als Verwaltungssitze mit garantiertem Aufgabenbestand erhalten. Die kreiseigenen Verwaltungsgebäude des LK GÖ sind schon für den bisherigen Bestand zu klein, was zu teuren Mietlösungen führt. Deshalb ist eher mit Verlagerung von Bereichen aus GÖ nach OHA oder NOM zu rechnen, sofern dort Raumkapazitäten vorhanden sein sollten.
Einrichtung einer Nebenstelle	Sie soll grundsätzlich für den Service den Bürgern zur Verfügung stehen, den sie jetzt bei Eigenständigkeit des Landkreises Osterode am Harz in Anspruch nehmen können.	Eine Nebenstelle ist sinnvoll (siehe oben). Ob hier jedoch alle Serviceleistungen angeboten werden oder nur diejenigen mit einer hohen Besucherfrequenz sollte den weiteren Verhandlungen vorbehalten bleiben und muss <u>auch</u> unter Effizienz und Effektivitätsgesichtspunkten entschieden werden.	Alle bürgernah zu erbringenden Dienstleistungen werden an den bisherigen Kreissitzen weiter vorgehalten, die vorhandenen dezentralen Strukturen bleiben erhalten.
Verortung einer Querschnittsaufgabe	(Personal oder Finanzen) für den neuen Landkreis in der Nebenstelle.	Die Querschnittsaufgaben sollten, ebenso wie die Leitungen der Fachbereiche / Ämter, an dem Ort angesiedelt sein, an dem der zuständige Vorstand / Wahlbeamte seinen Sitz hat. Insoweit kann darüber nachgedacht werden, ob einzelne Vorstände oder Wahlbeamte ihren Sitz in Osterode haben.	Die Nebenstellen in OHA und NOM erhalten mindestens eine Querschnittsaufgabe. Ein Junktim mit den Dienstsitzen von Wahlbeamten ist nicht zweckmäßig und für die Nebenstellen kein Bestandsschutz, weil sich die Struktur der Dezernatsverteilung aufgrund politischer Erfordernisse ändern kann.
Zulassung des neuen Landkreises als kommunaler Träger für	Fortführung dieser Aufgaben mit Jobcenter in Osterode. In diesem Zusammenhang sind die vertraglichen	Fortführung der Aufgabe mit Jobcenter entspricht unserer Auffassung. Standort Osterode ist denkbar. Die Frage der	Die entscheidende Frage ist: Jobcenter als Gemeinsame Einrichtung (wie in GS und NOM) oder Kommunales Jobcenter

Eckpunkte für Verhandlungen

sämtliche Aufgaben nach dem SGB II	Aufgabendelegationen (SGB II und XII) solange zu erhalten, wie die Gemeinden als Vertragspartner auch daran festhalten wollen.	Aufgabendelegation an die Gemeinden muss mit diesen erörtert und auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vereinheitlicht werden.	(wie in OHA und GÖ). Der neue Landkreis wird zugelassener kommunaler Träger (Optionskommune). Die Aufgabenerfüllung erfolgt - wie schon bislang in den LK'en GÖ, NOM und OHA - dezentral. Gemeinden, die Heranziehung wünschen und entsprechend leistungsfähig sind, sollten berücksichtigt werden.
Servicestelle „Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung“	Einrichtung einer in der Nebenstelle für die kreisangehörigen Gemeinden unseres Raumes.	Die meisten Kontakte in diesen Bereichen laufen im Landkreis Goslar per E-Mail, telefonisch, schriftlich oder durch „vor Ort Prüfungen“. Eine Zentralisierung dieser Aufgaben wird daher für sinnvoll gehalten.	Grundsätzlich eignen sich diese Aufgaben für eine Zentralisierung, ggfl. auch in einer Nebenstelle. Einen Ansprechpartner vor Ort ist dennoch sinnvoll.
Fahrzeitintensive Aufgaben	werden von der Nebenstelle Osterode aus wahrgenommen (z.B. Vollstreckung, Überwachungstätigkeiten aus dem Veterinärwesen und Verbraucherschutzrecht, Bezirkssozialarbeit)	Der Vollstreckungsaußendienst sollte auf die Gemeinden übertragen werden. Ansonsten ist der Vorschlag sinnvoll, soweit nicht die fachlichen Gründe einer Zentralen Aufgabenwahrnehmung überwiegen.	Fahrzeitintensive Aufgaben fallen unter „bürgernahe Dienstleistungen“ und gehören deshalb in dezentrale Strukturen.
Binnenservice	In den Bereichen EDV-Support, Bauunterhaltung, teilweise Finanz- und Kassenbuchhaltung u.a. ist der Service vor Ort in der Nebenstelle aufrechtzuerhalten.	Unstreitig	Unstreitig
Sicherung von Strukturen	Festschreiben eines indexierten Betrages oder Quote für Investitionen im hiesigen Bereich Erhaltung Beratungsangebote im Familien- und Seniorenbereich, des Pflegestützpunktes und Kinderservicebüros; Beibehaltung der Kinder- und Familienbeauftragten mit ihrer Netzwerkfunktion	Eine solche Quote erscheint nicht sinnvoll und kann allenfalls für die ersten Jahre nach einer Fusion bis zu einem endgültigem „Zusammenwachsen „ in Betracht kommen.	Quote sinnvoll, weil nur so dem Gefühl einer Benachteiligung objektiv die Grundlage entzogen werden kann. Sie muss aber zunehmend „flexibilisiert“ werden. Erhaltung Beratungsangebote sinnvoll

Eckpunkte für Verhandlungen

	<p>Vorhalten eines Ansprechpartners für Wirtschaftsförderung. Verteilung von Kreismitteln für die Wirtschaftsförderung ist unter Festlegung einer Quote für den hiesigen Bereich zu regeln; entsprechendes gilt für die Bestimmung von Verteilungskriterien. Die Ergebnisse aus dem Projekt „Initiative Zukunft Harz“ werden umgesetzt. Entsprechende Projekte sind für unseren Raum wegen seiner Randlage zu initiieren (keine Konzentration auf neuen Kreissitz oder zentralere Regionen im neuen Kreis). Förderung von Gewerbegebieten sowie deren Vermarktung. Die Mitgliedschaft im Verein MEKOM und seine Unterstützung sind beizubehalten.</p>	<p>Der Forderung ist in vollem Umfang zuzustimmen, ob allerdings eine Quotierung der richtige Weg ist, sollte gemeinsam diskutiert werden.</p> <p>Der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Region Goslar (WiReGo) sollte auf das neue Kreisgebiet ausgedehnt werden (Gemeinden und regionale Banken werden Gesellschafter). Der Verein MEKOM sollte ebenfalls auf das gesamte Kreisgebiet ausgedehnt werden und ggf. Gesellschafter der WiReGo werden.</p>	<p>Unstreitig</p> <p>Quote: siehe Investitionsquote</p> <p>Die IZH-Projekte werden umgesetzt und durch die in GÖ vorhandene Forschungskompetenz mit 3 Hochschulen und 4 Forschungseinrichtungen optimiert.</p> <p>Mitgliedschaft MEKOM unstrittig, es gibt bereits seit vielen Jahren MEKOM-Mitgliedsunternehmen aus den LK'en NOM und GÖ.</p>
	<p>Weiterführung und ggf. Ausbau der Tourismusförderung (HTV und Rest-HSS)</p>	<p>unstrittig</p>	<p>Unstrittig; durch das große Gewicht Südniedersachsens würde der südwestliche Harz im HTV die notwendige Beachtung finden. Daneben wird die Destination Weserbergland gemeinsam mit den LK'en entlang der Weser weiter zu entwickeln sein.</p>
	<p>Erhaltung Beratungsangebote im Familien- und Seniorenbereich, des Pflegestützpunktes und Kinderservicebüros; Beibehaltung der Kinder- und Familienbeauftragten mit ihrer Netzwerkfunktion</p>	<p>Entsprechende Angebote gibt es auch im Landkreis Goslar, insofern unstrittig.</p>	<p>unstrittig</p>
	<p>Fortführung und Sicherung des Projektes „KiBiZ“</p>	<p>Keine Bedenken.</p>	<p>„KiBiZ“ ist ein bemerkenswertes Pilotprojekt, das ggfl. vom neuen LK</p>

Eckpunkte für Verhandlungen

			übernommen und auf das gesamte Kreisgebiet übertragen werden sollte. Voraussetzung für die Finanzierbarkeit ist, dass der neue LK Optionskommune ist.
	Erhaltung des Berufschulstandorts für kaufmännischen, gewerblichen und sozialpädagogischen Bereich	Forderung wird unterstützt, es muss jedoch eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung sowohl für den allgemeinbildenden, wie auch für berufsbildenden Bereich erfolgen.	Unstrittig. Aufgabe der Berufsschulplanung ist es, die peripheren Standorte zu stärken; auf sich gestellt werden sie ansonsten zuerst Opfer des Schülerrückganges werden.
	Angebote unserer Kreismusikschule und Kreisvolkshochschule werden vor Ort weiter betrieben	Forderung wird unterstützt, die Musikschule im Landkreis Goslar ist jedoch nicht kommunal getragen sondern ein eingetragener Verein.	Unstrittig
	Kloster Walkenried mit dem Zisterzienser Museum und den Kreuzgangkonzerten ist weiter zu betreiben und zu entwickeln. HöhlenErlebnisZentrum – wie vor - Fortführung von Forschungsprojekten, z.B. Lichtensteinhöhle	Fortführung in enger Abstimmung mit der Stiftung Welterbe Harz wird unterstützt.	Unstrittig. Die Kreuzgangkonzerte werden durch die Kooperation mit den Händel-Festspielen und den Gandersheimer Domfestspielen schon jetzt aufgewertet und gestärkt.
Sicherung von Standards	Bürgerfreundlichkeit mind. in bisherigem Umfang; Öffnungszeiten, spezielle Öffnungszeiten (samstags für Kfz.-Zulassung), terminoffene Verwaltung.	Keine Bedenken.	Unstrittig
	Angleichung/Ausgleich von Unterschieden in der Wirtschaftlichkeit bei den Dienstleistungen für einen noch festzulegenden Zeithorizont (Beispiel: n Partner haben dieselbe „Schlagzahl“ in der Aufgabe Kfz.-Zulassung zu erbringen wie wir und – natürlich – auch umgekehrt; Vermeidung der „Mitfinanzierung“ von unwirtschaftlichen Ressourceneinsatz)	Keine Bedenken.	Unstrittig; die Orientierung am „Besten“ erfolgt sowohl beim Kriterium Wirtschaftlichkeit wie beim Kriterium Qualität

Eckpunkte für Verhandlungen

	Weiterführung von weiteren freiwilligen Aufgaben (s. Liste im Haushaltssicherungskonzept) bei allen Partnern auf demselben Niveau	Auch diese Forderung muss zusammen mit dem MI erörtert werden, da die Quote für freiwillige Leistungen ebenfalls Bestandteil des Zukunftsvertrages ist. Die Weiterführung von bestehenden freiwilligen Aufgaben hängt von der Quote an den Gesamtaufwendungen eines dann zusammengeführten Haushaltes der beiden Landkreise ab. „Weitere“ freiwillige Aufgaben sind bei Nichterfüllung der Quote ausgeschlossen.	Unstrittig
Bürgerbeteiligung	Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (Information über Gutachtenergebnisse, Zwischenergebnisse der Verhandlungen, endgültiges Ergebnis) ist auf geeignete Weise sicherzustellen.	Forderung wird unterstützt, auch die Gemeinden in beiden Landkreisen sollten beteiligt werden.	Unstrittig. Besonders sollte eine interaktive Internet-Plattform geschaffen und betrieben werden.
Bestehende Vereinbarungen zur Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ)		<p>Die vorhandenen IKZ sollten weitgehend übernommen werden. Das gilt sowohl für die aufgenommenen Tätigkeiten (Verkehr, Ausländer, Heimaufsicht etc.) mit der Stadt Goslar als auch für die übertragenen Aufgaben des Vollstreckungsaußendienstes auf die verschiedenen Gemeinden des Landkreises Goslar.</p> <p>Dies dürfte jedoch nicht für die bestehende IKZ mit der Stadt Salzgitter im Gesundheitsbereich gelten.</p>	<p>Unstrittig, einer Mitgliedschaft im HTV stehen wir positiv gegenüber (s.o.). Kreisübergreifende IKZ: im Südniedersachsen-Zuschnitt unproblematisch (AS, ZVSN, LVS, KDS usw.). Bei einer Fusion mit dem LK GS müsste ein Ausscheiden des LK GS aus dem Großraumverband Braunschweig erreicht werden. Ansonsten käme auf OHA unlösbare Probleme zu. Der Großraumverband hat die Zuständigkeit der Landkreise für Raumordnung und –planung sowie ÖPNV übernommen. Er entscheidet anders als ein Zweckverband nach dem NKG nach politischen</p>

Eckpunkte für Verhandlungen

			<p>Mehrheiten. Das bedeutet, dass Entscheidungen beispielsweise zur Ansiedlung von Gewerbe, von Einzelhandel und von Wohngebieten, sowie die Auswahl zentraler Orte dann von Braunschweig aus getroffen werden. Auch müsste der Braunschweiger Verband den Nahverkehr zwischen dem bisherigen Landkreis Osterode und dem Oberzentrum und ICE-Bahnhof Göttingen dauerhaft finanzieren. Wenige Abgeordnete aus OHA müssten dies in einer Verbandsversammlung, die aus dem Raum BS/WOB/GF/WF/SZ heraus dominiert wird, durchsetzen. Ähnliche Probleme können sich beispielsweise im Abfallbereich sowie bei der Finanzierung des Kulturangebotes (z.B. Kreuzgangkonzerte) durch den Landschaftsverband Südniedersachsen ergeben.</p> <p>Vertikale IKZ: sollte ausgebaut werden: ein großer LK kann mehr Aufgaben auf die Gemeinden delegieren</p>
--	--	--	--

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Kreistages
des Landkreises Osterode am Harz in der Wahlperiode 2006/2011
am 31. Oktober 2011, 14.00 Uhr,
im Forum der Berufsbildenden Schulen II,
An der Leege 2 b, 37520 Osterode am Harz

Beschluss:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beteiligung der Fraktionsvorsitzenden, Verhandlungen über einen Zusammenschluss mit den Landkreisen Göttingen und Northeim ergebnisoffen zu führen.
 - b) Die in der Vorlage unter der Überschrift „Kriterien für eine freiwillige Fusion“ aufgeführten Punkte werden als Eckpunkte/Ziele¹⁾ für die Verhandlungen über einen Zusammenschluss beschlossen.
 - c) Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, unter Beteiligung der Fraktionsvorsitzenden Gespräche mit dem Landkreis Goslar zu führen. Sein Ansinnen, mit den Bürgermeistern der kreisangehörigen Gemeinden des Landkreises Osterode am Harz Gespräche über Zusammenschlüsse zu führen, wird zurückgewiesen. Ein diesbezüglicher Verzicht ist Voraussetzung für Gespräche mit dem Landkreis Goslar. Die Gespräche nach Buchst. a) haben Vorrang. Im Übrigen sind für Gespräche mit dem Landkreis Goslar die Eckpunkte und Ziele gem. Buchst. b) zu beachten.
 - d) Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (Information über Gutachtenergebnisse, Zwischenergebnisse der Verhandlungen, endgültiges Ergebnis) ist auf geeignete Weise sicherzustellen.
- (Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen dafür,
12 Gegenstimmen und
1 Nichtbeteiligung)

Kriterien für eine freiwillige Fusion:

Sicherung von Arbeitsplätzen (Wir sind der kleinere Partner und werden unabhängig vom Fusionsumfang immer eine Randlage einnehmen; der Konzentration von Arbeitsplätzen ausschließlich am neuen Kreissitz muss dauerhaft entgegengewirkt werden.)

Einrichtung einer Nebenstelle; sie soll grundsätzlich für den Service den Bürgern zur Verfügung stehen, den sie jetzt bei Eigenständigkeit des Landkreises Osterode am Harz in Anspruch nehmen können.

Verortung einer Querschnittsaufgabe (Personal oder Finanzen) für den neuen Landkreis in der Nebenstelle.

Zulassung des neuen Landkreises als kommunaler Träger für sämtliche Aufgaben nach dem SGB II, damit Fortführung dieser Aufgaben mit Jobcenter in Osterode. In diesem Zusammenhang sind die vertraglichen Aufgabendelegationen (SGB II und XII) solange zu erhalten, wie die Gemeinden als Vertragspartner auch daran festhalten wollen.

Zentralisierung einer Fachdienstaufgabe für den gesamten neuen Landkreis im Jobcenter Osterode (z.B. Rechtssachbearbeitung, Projektmanagement).

Einrichtung einer Servicestelle „Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung“ in der Nebenstelle für die kreisangehörigen Gemeinden unseres Raumes.

Fahrzeitintensive Aufgaben werden von der Nebenstelle Osterode aus wahrgenommen (z.B. Vollstreckung, Überwachungstätigkeiten aus dem Veterinärwesen und Verbraucherschutzrecht, Bezirkssozialarbeit)

Der sog. Binnenservice ist u.a. in den Bereichen EDV-Support, Bauunterhaltung, teilweise Finanz- und Kassenbuchhaltung vor Ort in der Nebenstelle aufrechtzuerhalten

Sicherung von Strukturen

Festschreiben eines indexierten Betrages oder Quote für Investitionen im hiesigen Bereich

Vorhalten eines Ansprechpartners für Wirtschaftsförderung

Verteilung von Kreismitteln für die Wirtschaftsförderung ist unter Festlegung einer Quote für den hiesigen Bereich zu regeln; entsprechendes gilt für die Bestimmung von Verteilungskriterien.

Die Ergebnisse aus dem Projekt „Initiative Zukunft Harz“ werden umgesetzt.

Entsprechende Projekte sind für unseren Raum wegen seiner Randlage zu initiieren (keine Konzentration auf neuen Kreissitz oder zentralere Regionen im neuen Kreis). Förderung von Gewerbegebieten sowie deren Vermarktung.

Die Mitgliedschaft im Verein MEKOM und seine Unterstützung sind beizubehalten.

Weiterführung und ggf. Ausbau der Tourismusförderung (HTV und Rest-HSS)

Erhaltung Beratungsangebote im Familien- und Seniorenbereich, des Pflegestützpunktes und Kinderservicebüros; Beibehaltung der Kinder- und Familienbeauftragten mit ihrer Netzwerkfunktion

Fortführung und Sicherung des Projektes „KiBiZ“

Erhaltung des Berufschulstandorts für kaufmännischen, gewerblichen und sozialpädagogischen Bereich

Angebote unserer Kreismusikschule und Kreisvolkshochschule werden vor Ort weiter betrieben

Kloster Walkenried mit dem ZisterzienserMuseum und den Kreuzgangkonzerten ist weiterzubetreiben und zu entwickeln
HöhlenErlebnisZentrum – wie vor -
Fortführung von Forschungsprojekten, z.B. Lichtensteinhöhle

Sicherung von Standards

Bürgerfreundlichkeit mind. in bisherigem Umfange; Öffnungszeiten, spezielle Öffnungszeiten (samstags für Kfz.-Zulassung), terminoffene Verwaltung.

Angleichung/Ausgleich von Unterschieden in der Wirtschaftlichkeit bei den Dienstleistungen für einen noch festzulegenden Zeithorizont (Beispiel: n Partner haben dieselbe „Schlagzahl“ in der Aufgabe Kfz.-Zulassung zu erbringen wie wir und – natürlich – auch umgekehrt; Vermeidung der „Mitfinanzierung“ von unwirtschaftlichen Ressourceneinsatz)

Weiterführung von weiteren freiwilligen Aufgaben (s. Liste im Haushaltssicherungskonzept) bei allen Partnern auf demselben Niveau

Öffentlichkeitsbeteiligung

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (Information über Gutachtenergebnisse, Zwischenergebnisse der Verhandlungen, endgültiges Ergebnis) ist auf geeignete Weise sicherzustellen.

AUSZUG
aus dem PROTOKOLL
der 3. Kreistag-Sitzung
am 29.02.2012 im Ratssaal des Neuen Rathauses der Stadt Göttingen

Tagesordnungspunkt 11 : B 0046/2012

Verhandlungen zur Kreisfusion: Verhandlungsmandat und Eckpunkte;
hier: Antrag der Gruppe SPD-B90/DIE GRÜNEN vom 13.02.2012

...

Der Kreistag beschließt sodann:

Der Landrat wird beauftragt, mit den Landkreisen Northeim und Osterode am Harz sowie mit der Stadt Göttingen Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel eine südniedersächsische Verwaltungseinheit mit der Stadt Göttingen als Kreisstadt zu schaffen.
 Mit dem Beschlussvorschlag wird auch die Liste der Eckpunkte beschlossen, die der Landkreis Göttingen in die Verhandlungen einbringt.

Eckpunkte:

1. Das Ziel von Sondierungsgesprächen ist die große Lösung einer südniedersächsischen Verwaltungseinheit unter Einbeziehung der Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode mit Göttingen als zukünftiger Kreisstadt und Namensgeberin.
2. Die Stadt Göttingen wird an den Verhandlungen beteiligt.
3. Im Rahmen der Aushandlung der zukünftigen Kreisumlage muss das Thema Finanzausgleich Stadt /LK gelöst werden.
4. Die Verteilung von Verwaltungsaufgaben sollte zwischen Land, neuem Landkreis und den Gemeinden neu geordnet werden. Aufgaben, die der LK vom Land übernimmt, könnten sein: z.B. SPNV, Flurbereinigung, Leader. Über Aufgaben, die an die Gemeinden abgegeben werden, ist mit diesen zu verhandeln.
5. Angebote sollen in der Fläche bürgernah erhalten bleiben (z.B. im KFZ- und SGB II-Bereich). Mögliche Erweiterungen sind zu prüfen.
6. Der aus der Fusion entstehende Landkreis wird Optionskommune. Die Leistungserbringung im Bereich SGB II und auch SGB XII erfolgen dezentral, aber nach einheitlichen Qualitätsstandards und unter einheitlicher Qualitätskontrolle.
7. Die Bürgerfreundlichkeit soll erhöht werden, z.B. durch Ausbau des Modells Bürgerbüro, zumindest aber auf dem derzeitigen Standard erhalten bleiben. Umgesetzt werden soll der Ausbau einer demokratiefördernden Variante des E-Government – Onlinekommunikation und Beteiligung soll genutzt werden.
8. Der Standard der Verwaltungstätigkeit soll sich an den jeweils Besten orientieren: in Bezug auf Qualität, Effizienz, Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit und Bürgernähe (Stichworte hierzu: Klimaschutzaktivitäten, Naturschutz, Beratungsniveau).
9. Die Wirtschaftsförderung Region Göttingen GmbH wird für das Fusionsgebiet weiterentwickelt. Die Einbeziehung der GWG ist anzustreben. Das schließt Marketing und Tourismusförderung mit ein.
10. Die geltende und erfolgreiche gemeinsame Aufgabenwahrnehmung mit der Stadt Göttingen sollen erhalten bleiben und auf das gesamte Gebiet ausgeweitet werden. Beispiele sind das Veterinäramt, das Gesundheitsamt, das Versicherungsamt und die Leitstelle.
11. Der Abfallzweckverband Südniedersachsen bleibt vorerst erhalten. Eine weitere

Aufgabenübertragung an den Abfallzweckverband und Prüfung eines gemeinsamen Kreisabfallentsorgungsbetriebes wird geprüft, die Deponiestandorte in Breitenberg und Dransfeld bleiben erhalten.

12. Darüber hinaus sollen keine neuen Zweckverbände gegründet werden.
13. Angestrebt wird ein ÖPNV aus einem Guss mit verbessertem Angebot und einheitlichem Tarif inklusive GöVB und SPNV.
14. Ziel soll der Erhalt der Berufsschul-Standorte sein.
15. Ein Schulangebot, das den Erhalt der Angebote in der Fläche sowie die Qualitätsentwicklung berücksichtigt, wird angestrebt, zum Beispiel durch weitere Gesamtschulen.
16. Das Niveau der freiwilligen Leistungen darf nicht spürbar sinken. Der Landkreis wird die Förderung in beispielhaft aufgezählten Bereichen fortführen: Tourismus, Kultur, Natur (Naturpark Münden), Soziales, Jugendhilfe und Sport (gebührenfreie Nutzung der Sportstätten durch die Sportvereine). Die Mitgliedschaften in den Zweckverbänden Seeburger See und Wendebachstausee bleiben erhalten.
17. Die Regionalplanung soll für die Stadt Göttingen und den neuen Landkreis zusammengeführt werden.
18. Der Klimaschutz, Integration und Demografie sind als regionale Querschnittsaufgabe zu installieren.
19. Die Arbeit der Energieagentur wird weiter gefördert. Ziel ist Ausweitung des Aufgabengebiets auf das gesamte Fusionsgebiet.
20. Es werden keine MitarbeiterInnen in der Verwaltung den Arbeitsplatz durch diesen Prozess verlieren. Nachteile, wie zum Beispiel längere Fahrzeiten, Einarbeitung in neue Aufgaben usw. werden durch einen Vertrag mit den Personalräten und Verdi möglichst ausgeglichen.
21. Der Landschaftspflegeverband Göttingen e.V. wird erhalten mit dem Ziel, ihn auf das gesamte Fusionsgebiet auszudehnen.
22. Die Kreisstraßenmeisterei sowie der Standort in Groß Schneen bleiben erhalten.
23. Das Feuerwehrzentrum Potzwenden bleibt erhalten.
24. Das Niveau der Förderung des ländlichen Raums soll nicht schlechter werden (Leader).
25. Eine flächendeckende Bildungsversorgung wird durch dezentrale Strukturen von Außenstandorten und Geschäftsstellen sichergestellt.

Ergebnis: mehrheitlich bei mehreren Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen

**Anlage 2 zum Protokoll des Ausschusses für Gebiets- und Aufgabenstruktur in
Süd-niedersachsen vom 13.03.2012 (Beschlussfassung)**

Verhandlungen über einen möglichen Zusammenschluss mit anderen Kommunen;

Eckpunkte für Verhandlungsgespräche mit den Landkreisen Göttingen und Osterode am Harz unter Beteiligung der Stadt Göttingen

Angesichts des demografischen Wandels bestehen große Herausforderungen für die drei Landkreise und die Stadt Göttingen in der süd-niedersächsischen Region. Die demografische Entwicklung ist extrem negativ (mit Ausnahme der Stadt Göttingen); Laut dem Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie werden die drei Landkreise ohne die Stadt Göttingen bis 2030 im Vergleich zu 2008 79.643 Einwohner verlieren.

In der Region leben dann noch knapp 400.000 Menschen. Angesichts der demografischen Entwicklung ist die Verwaltungskraft der einzelnen Landkreise für die dann noch verbleibenden Einwohnerinnen und Einwohner mittelfristig nicht mehr in einem gesunden Verhältnis. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird auch der Fachkräftemangel schneller und massiver als in anderen Regionen zu einem erheblichen Problem für die Betriebe und kann damit mittelfristig den Wohlstand in der süd-niedersächsischen Region bedrohen.

Das hohe Durchschnittsalter führt zu steigenden Bedarfen in der Pflege und damit ggf. auch zu steigenden Soziallasten. Infolge der Notwendigkeit, eine bestimmte Grundversorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen sicherzustellen, werden die Verwaltungskosten pro Einwohner erheblich steigen. Das führt bei Gebühren und Hebesätzen möglicherweise zu spürbaren Veränderungen, die jeden Bürger treffen werden.

Hinzu kommen die Überlegungen, Süd-niedersachsen auch im Kontext von EU-Förderung und im Niedersächsischen Zusammenhang deutlich stärker aufzustellen, damit eine bessere Wahrnehmung dieser Region im Bundesland aber auch darüber hinaus möglich wird. Das sind nur ein paar Gründe, über die mögliche Fusion von Landkreisen unter Beteiligung der Stadt Göttingen nachzudenken und zunächst Gespräche mit den benachbarten Landkreisen zu führen.

Die Landkreise Göttingen und Osterode am Harz haben für die anstehenden Gespräche bereits Verhandlungseckpunkte festgelegt.

Ein Abgleich der eigenen Vorstellungen mit diesen Eckpunkten hat ergeben, dass es bei zahlreichen Positionen Schnittmengen gibt, die im Rahmen der Verhandlungen nicht strittig sein dürften, da es sich um gemeinsame Zielsetzungen handelt. Im Einzelnen sind dies folgende Punkte:

1. Ziel der Fusionsverhandlungen ist ein südniedersächsischer Landkreis unter Einbeziehung der bisherigen Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode am Harz sowie der Stadt Göttingen.
2. Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit sind Ziele einer kundenorientierten Kommunalverwaltung. Dies kann durch sogenannte Bürgerzentren in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden erfolgen. Dazu sind moderne Kommunikationsinstrumente wie z. B. E-Government, Onlinekommunikation, einzusetzen und ggf. auszubauen. Die Dienstleistungen der neu entstehenden Kreisverwaltung müssen qualitativ erhalten bleiben und ausgebaut werden. Die gute und wohnortnahe Erreichbarkeit der einzelnen Dienststellen, in denen hoher Publikumsverkehr entsteht, muss sichergestellt sein. Der Standard der Verwaltungstätigkeit soll sich an den jeweils Besten in Bezug auf Qualität, Effizienz, Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit und Bürgernähe orientieren. *Die Grundsätze des Gender Mainstreaming finden bei allen Entscheidungen Berücksichtigung.*
3. Der Finanzausgleich zwischen dem zukünftigen Landkreis und der Stadt Göttingen muss auf eine verlässliche nachhaltige Basis gestellt werden.
4. Die Verteilung von Verwaltungsaufgaben sollte zwischen Land, neuem Landkreis und den Gemeinden neu geordnet werden. Über Aufgaben, die an die Gemeinden abgegeben werden, ist mit diesen zu verhandeln.
5. Während der Verhandlungen werden keine wesentlichen strukturverändernden Entscheidungen (z. B. Gründung von neuen Zweckverbänden) getroffen. Vorhandene Zweckverbände, die das Gebiet des neuen Landkreises umfassen, sind in ihrer Zweckverbandsstruktur zu überprüfen.
6. Der Abfallzweckverband Südniedersachsen bleibt vorerst erhalten. Eine weitere Aufgabenübertragung an den Abfallzweckverband wird ebenso wie ein gemeinsamer Kreisabfallentsorgungsbetrieb geprüft. Die bisherigen Deponiestandorte bleiben erhalten.
7. Angestrebt wird ein ÖPNV aus einem Guss mit verbessertem Angebot.
8. Für die berufliche Bildung ist ein Gesamtkonzept regionaler Kompetenzzentren unter Einbeziehung der bisherigen Schwerpunkte im Landkreis Northeim zu erarbeiten. Ziel soll der Erhalt der Berufsschul-Standorte Northeim und Einbeck sein.
9. Ein möglichst breites Bildungs- und Schulangebot, das die zumutbare Erreichbarkeit der Angebote in der Fläche sowie eine gute Qualitätsentwicklung berücksichtigt, wird angestrebt. Dabei sind die Überlegungen der Schulentwicklungsplanung im Landkreis Northeim in den Verhandlungsprozess mit einzubeziehen.
10. Das Niveau der freiwilligen Leistungen soll nicht sinken. Der Landkreis wird die Förderung in beispielhaft aufgezählten Bereichen fortführen: Tourismus, Kultur, Natur (z. B. Naturpark Solling-Vogler), Soziales, Jugendhilfe und Sport (gebührenfreie

Nutzung der Sportstätten durch die Sportvereine). Die Mitgliedschaften in solchen Verbänden bleiben erhalten.

11. Der Klimaschutz, Integration und Demografie sind als regionale Querschnittsaufgaben zu installieren.
12. Durch die Fusion werden Beschäftigungsverhältnisse nicht gefährdet. Daher muss es einen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen geben. Zur Begleitung der personalrechtlichen und personalorganisatorischen Maßnahmen ist der Personalrat in die Verhandlungen schon von vornherein mit einzubeziehen. Mögliche Auswirkungen infolge der Fusion sind durch entsprechende Dienstvereinbarungen zu regeln. Dabei sind die Personalräte zu beteiligen. Fusionsbedingte Überkapazitäten sollten im Rahmen der tarifvertraglichen bzw. gesetzlichen Möglichkeiten durch finanzielle Anreize für ausscheidungswillige Bedienstete abgebaut werden können. Es sollte ein gemeinsames Personalstellenentwicklungskonzept für die betroffenen Gebietskörperschaften erstellt werden (Verfahren Stellenauswahl, Fortbildung, Heranführung an Führungsaufgaben etc.).
13. Das Niveau der Förderung der ländlichen Strukturen soll erhalten bleiben (ILEK, Leader).
14. Eine flächendeckende Bildungsversorgung wird durch dezentrale Strukturen von Außenstandorten und Geschäftsstellen der neu zu organisierenden Volkshochschule sichergestellt.

Darüber hinaus gibt es weitere Kriterien, unter denen die Gespräche des Landkreises Northeim geführt werden sollten:

Grundsätzliche weitere Eckpunkte

1. Es soll nur dann eine neue Struktur etabliert werden, wenn auch tatsächlich nach Beendigung der Gespräche Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger im Vergleich zum bestehenden Status erkennbar sind. Dabei ist es auch schon eine Verbesserung, wenn negative Entwicklungen, die auf die einzelnen Landkreise zukommen könnten, durch eine Fusion verhindert werden können. *Mittel- bis langfristig erzielbare Synergieeffekte sind darzustellen.*
2. Alle Beteiligten verhandeln auf Augenhöhe unabhängig von der Einwohnerzahl, der Flächengröße oder vom bisherigen Status und von bisheriger Finanzkraft.
3. *Die Wertschöpfung der Verwaltung sollte möglichst an den bisherigen Standorten erhalten bleiben. Den Beteiligten ist jedoch bewusst, dass es zu Veränderungen hinsichtlich der bisherigen Aufgabenwahrnehmungen oder der Anzahl von öffentlichen Dienststellen oder Einrichtungen kommen kann. Dabei sind die negativen Auswirkungen dieser Veränderungen angemessen auszugleichen. Dies kann z.B. durch sensible Aufteilung der Aufgabenwahrnehmungen geschehen.*

4. Es ist zu prüfen, inwieweit öffentliche Verbände, die sich zur Zeit nur auf das Gebiet des Landkreises Northeim erstrecken, ggf. zu erweitern sind und mit anderen Verbänden auf dem Gebiet der anderen Landkreise sinnvollerweise zusammengeführt werden können. Dies muss in Absprache mit den entsprechenden Verbandsorganen erfolgen.

Spezielle weitere Eckpunkte

1. Die Wirtschaftsförderung und Tourismusentwicklung ist mit den bestehenden Verbänden und Organisationen abzusprechen und ggf. neu zu strukturieren. Es muss eine nach außen gerichtete Gesamtaufstellung der Region geben, ohne die Besonderheiten der einzelnen Teilbereiche zu vernachlässigen. Grundsätzlich sollte die Wirtschaftsförderung aus einer Hand erfolgen, jedoch unter Beachtung regionaler Erfordernisse, insbesondere der ländlich strukturierten Gebiete gegenüber dem Oberzentrum. Dabei sind erfolgreiche regionale Projekte und Netzwerke fortzuschreiben bzw. deren mögliche Ausweitung auf das neue Kreisgebiet zu prüfen. Sinnvoll erscheint auch die Festlegung einer Quote zur Verteilung von kommunalen Haushaltsmitteln zur Wirtschaftsförderung für das Gebiet der ehemaligen Landkreise. Die Tourismusförderung ist auch in einer neuen Gebietskörperschaft unter dem Dach der touristischen Destinationen (Weserbergland und Harz) bzw. Dachorganisation (Weserbergland-Tourismus e.V. und Harzer-Tourismus-Verband e.V.) sinnvoll zu bündeln und fortzuführen.
2. Die erfolgreiche Radverkehrsförderung soll weitergeführt werden.
3. Der aus der Fusion entstehende Landkreis muss die Leistungserbringung im Bereich SGB II und auch SGB XII möglichst dezentral sicherstellen. Das Modell „Job-Center“ hat sich beim Landkreis Northeim bewährt und sollte beibehalten werden. Eine Abweichung hiervon darf nur vorgenommen werden, wenn sich ein anderes Modell nachvollziehbar als leistungsfähiger herausstellt.
4. Die Einsatzleitstelle in Northeim nimmt die Aufgaben für den gesamten zukünftigen Landkreis mit Ausnahme des Gebiets der Stadt Göttingen wahr.
5. Das zentrale Ausbildungs- und Schulungszentrum sowie die Feuerwehrtechnische Zentrale für den zukünftigen Landkreis wird in Northeim eingerichtet.
6. Die Kreisabfallwirtschaft sollte für das gesamte zukünftige Kreisgebiet öffentlich-rechtlich geführt werden.
7. Die Kooperation mit der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (Geschäftsstelle Gandersheim) – NLStbV – zur Betreuung der Kreisstraßen sollte grundsätzlich weitergeführt werden.
8. Der Umfang des großen ehrenamtlichen Elements, insbesondere bei den freiwilligen Feuerwehren, ist zu erhalten und fortzuführen.